



Tagesordnung II Punkt 2.40 der öffentlichen Sitzung am 20. Dezember 2023

Vorlagen-Nr. 23-V-37-0006

Personeller, räumlicher und finanzielle Auf- und Ausbau der Rettungsdienstschule

Beschluss Nr. 0508

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass

- 1.1 der Magistrat mit Beschluss Nr. 0883 vom 01.11.2022 der Gründung einer staatlich anerkannten Rettungsdienstschule für Rettungssanitäterinnen und Rettungssanitäter zugestimmt hat und Dezernat I/37 ermächtigt hat die weiteren Maßnahmen inkl. Antragsverfahren / Kooperationsvereinbarungen zu veranlassen. Dezernat I/37 wurde zudem beauftragt eine langfristige Planung zum Aufbau einer Schulungseinrichtung durchzuführen. Vor diesem Hintergrund wurde Dezernat I/37 beauftragt in den nächsten Haushaltsplanberatungen die notwendigen Stellen und Mittel für die langfristige Sicherstellung des Betriebs der Rettungsdienstschule anzumelden.
- 1.2 Dezernat I/37 alle notwendigen Maßnahmen durchgeführt hat und das Hessische Landesamt für Gesundheit und Pflege (HLfGP) mit Bescheid vom 31.07.2023 die Rettungsdienstschule staatlich anerkannt hat. Die Anerkennung wurde zum 01.10.2023 erteilt und ist zunächst bis zum 30.09.2026 befristet.
- 1.3 basierend auf dem unter 1.1 genannten Beschluss folgende finanzielle Bedarfe zum Haushalt 2024 und 2025 benötigt werden: 106.000 € / Jahr (Sach-/Dienstleistungen) sowie 100.000 € / Jahr (Investitionsmittel) u.a. für die Anschaffung von Simulations-/Trainingsgeräten und Verbrauchsmaterialien, 50.000 € / Jahr (Sach-/Dienstleistungen) für die finanziellen Verpflichtungen aus den Kooperationsvereinbarungen.

2. Es wird beschlossen, dass

- 2.1 zur Umsetzung des unter 1.1 genannten Beschlusses ~~neun drei neu zu schaffenden Stellen im Stellenplan 2024/2025 auszuweisen und Dezernat I/37 zuzusetzen sind. Vorbehaltlich der abschließenden Bewertung durch Amt 15 sollen dies eine Stelle nach Besoldungsgruppe A 13 HBesG als stellvertretende Schulleitung, vier Stellen nach Entgeltgruppe E 11 TVöD als Medizinpädagogen/-innen, drei eine Stellen nach Entgeltgruppe E 10 TVöD als Fachlehrer/-innen mit pädagogischem Studium sowie eine Stelle nach Entgeltgruppe E 9a TVöD als Verwaltungskraft sein. Unmittelbar nach Beschlussfassung über diese Vorlage in den Haushaltsberatungen, vorab der Genehmigung der Haushaltssatzung sind die Stellenbesetzungsverfahren einzuleiten. Die Planstellen können vorab der Genehmigung des Stellenplans durch die Aufsichtsbehörde besetzt werden. Durch die personellen Veränderungen entstehen Personal- und Sachkosten in Höhe von 376.000 € im Jahr 2024 bzw. 751.000 € ab 2025 jährlich. für den Personalmehrbedarf zusätzliche Mittel in Höhe von 125.330 € zugesetzt werden.~~

- ~~2.2~~ basierend auf dem unter 1.1 genannten Beschluss folgende finanzielle Bedarfe zum Haushalt 2024 und 2025 benötigt werden: 106.000 € / Jahr (Sach-/Dienstleistungen) sowie 100.000 € / Jahr (Investitionsmittel) u.a. für die Anschaffung von Simulations-/Trainingsgeräten und Verbrauchsmaterialien, 50.000 € / Jahr (Sach-/Dienstleistungen) für die finanziellen Verpflichtungen aus den Kooperationsvereinbarungen.
- ~~2.3~~ 2.2 basierend auf dem unter 1.1 genannten Beschluss ein potentieller Standort für eine Schulungseinrichtung das Grundstück Wiesbadener Straße 104 darstellt. Das Grundstück liegt in unmittelbarer Nähe zur Feuerwache 2 und befindet sich im städtischen Eigentum. Auf dem Grundstück befinden sich Aufbauten eines ehemaligen Autohauses für die eine Ablösung gezahlt werden muss. Die Höhe der Ablösesumme wird durch Dezernat V/23 derzeit ermittelt.
- ~~2.42.3~~ die unter ~~2.1~~ und ~~2.2~~ 1.3 dargestellten und in 2024 tatsächlich kassenwirksam werdenden Kosten werden aus den für die Feuerwehr zugesetzten Mitteln finanziert. ~~Kosten von~~ Dezernat I/37 als Bedarf über das Grundbudget hinaus zum Haushalt 2024/2025 angemeldet sind. Über eine Zusetzung der Mittel wird im Rahmen der Haushaltsplanberatungen entschieden.
- ~~2.52.4~~ im Rahmen der Regelung zur Steuerung der Personalkosten ab 2018ff das Personalkontingent (Basiswert) des Stammpersonals von Dezernat I ab 01.07.2024 um 9,3 Vollzeitäquivalente (VZÄ) erhöht wird.

(antragsgemäß Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen 20.12.2023 BP 0611)

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, 20.12.2023
im Auftrag

Dr. Heimlich

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, 20.12.2023
im Auftrag

Dezernat I
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Dezernat III
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Bock